

Liebe Genossinnen und Genossen



es wird euch nicht überraschen: Am Sonntag sind Wahlen! Wir haben die letzten Wochen und Monate auf Veranstaltungen, an Wahlkampfständen, im Internet und im persönlichen Umfeld gekämpft. Für unsere Kommunalwahllisten, für den oft etwas vergessenen Kreistag und natürlich für Europa. An vier Terminen war der Foodtruck mit „Waffeln statt Waffen“ für Europa unterwegs, beim Run for Europe waren wir ebenso gut vertreten wie wir bei unseren 100 jährigen Ortsvereinsjubiläen sichtbar waren, Plakate hängen, Flyer sind verteilt und die roten Sonnenschirme, Sitzkissen, Sofas, etc. sind im ganzen Kreis unterwegs.

Zum ersten Mal haben wir auch ganz gezielt im Internet auf unseren Facebook-

und Instagramseiten geworben. Über Jahre haben wir unser „Rotwild im Schwarzwald“ zu einer Marke aufgebaut, von deren Reichweite wir jetzt profitieren konnten. Und durch zielgruppengerechte Schaltung von Werbung ließen sich thematische Schwerpunkte an die passenden Menschen bringen, die wir sonst in der Menge schwerlich erreichen.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Sozial, ökologisch und regional	2
Dabei sind wir doch alle Teil dieses Staates	4
Kevin Kühnert – ein Profilneurotiker, ein Spinner oder ein konservativer Sozialist?	5
Die SPD ist besser als ihr Ruf	8
Online-Kampagne #Kreistag2019	10
Impressum	14
Mitgliederstatistik, Termine	14
Die SPD hat etwas erreicht für die Menschen	15

Ob es was gebracht hat? Das werden wir Sonntagabend oder auch erst Montag erfahren. Im Stillen habe ich ja immer noch die Hoffnung, dass 5 Jahre gute Arbeit mehr Wert sein sollte, als ein paar Wochen Wahlkampf. Aber ohne geht's halt auch nicht.

Doch das wichtigste kommt jetzt erst: Bitte geht wählen. Jede und jeder. Und nehmt eure Familie mit. Und Freunde, Bekannte, Nachbarn... Selbst wenn die vielleicht nicht uns wählen. So doch hoffentlich eine demokratische Partei. Niemand braucht Nazis. Weder in Parlamenten noch sonstwo. Lasst uns das ganz deutlich machen. Und wenn doch die ein oder andere Stimme für uns abgegeben wird, umso besser.

Bil Stunede .

Sozial, ökologisch und regional

Betriebsbesichtigung: Die SPD Breisgau-Hochschwarzwald besucht die integrative Bioservice gGmbH in Eichstetten.

Einen in zweifacher Hinsicht bedeutsamen Betrieb besichtigte jüngst die SPD Breisgau-Hochschwarzwald in Eichstetten: die Firma Bioservice Südbaden gGmbH. Das noch junge gemeinnützige Unternehmen bringt Behinderte auf den ersten Arbeitsmarkt und erleichtert als Dienstleister vielen Bauern ihr Geschäft: Gemüseaufbereitung

und -verarbeitung sowie Kistenwäsche gehören zum Aufgabengebiet des integrativen Betriebs. Das Unternehmen unterstützt auch Landwirte und Winzer bei ihrer Arbeit draußen auf dem Feld und in den Reben.

Die Bioservice Südbaden gGmbH wirbt für sich mit den Prädikaten sozial, ökologisch und regional. Das kleine „g“ steht für „gemeinnützig“. Erst im November vergangenen Jahres konnte man den Betrieb beziehen und eröffnen. Zuvor beschäftigte Geschäftsführer Wolfgang Hees Menschen mit Behinderung aber bereits auf den Feldern einer Erzeugergemeinschaft von fünf regionalen Gemüsebauern, aus der dann die Bioservice gGmbH entstanden ist.



Integrative Betriebe sind Einrichtungen zur beruflichen Eingliederung von Menschen mit Behinderung, die noch nicht oder nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, aber ein gewisses Mindestmaß an Leistungsfähigkeit mitbringen und entsprechende Entfaltungsmöglichkeiten suchen. Bedeutend im konkreten Fall ist dies: Menschen mit Behinderungen sind bei der Bioservice Südbaden in einem ge-

geschützten regulären Arbeitssektor beschäftigt. „Hier können sie einer sinnvollen, erfüllenden Arbeit nachgehen“, sagte die SPD-Kreisvorsitzende Birte Könnecke.

In dem Unternehmen arbeiten Menschen mit Behinderung Hand in Hand mit nicht behinderten Arbeitnehmern. Derzeit zählt die Firma fünf fest angestellte junge Männer mit Schwerbehinderung, fünf Praktikanten sowie vier Mitarbeiter ohne Schwerbehindertenausweis. Weiter zählen zwei Anlagenführer - einer für die Kistenwaschanlage und einer für die Gemüsewaschanlage - zum Stammpersonal.

Das Besondere auch hier: Anders als in herkömmlichen Werkstätten bekommen die Behinderten in diesem Betrieb kein Taschengeld, sondern den Mindestlohn.

Geschäftsführer der Bioservice Südbaden gGmbH ist der zur Ausbildung von Lehrlingen berechtigte Landwirtschaftsmeister Wolfgang Hees. Er ist ein erfahrener Mann, war der gelernte Agrarethnologe und Geograph doch früher 16 Jahre lang als Lateinamerika-Referent bei Caritas International tätig.

Unter seiner Regie hatten sich in Eichstetten fünf Biobauern mit Feldgemüseanbau aus der Region zusammenschlossen - zunächst allerdings nur als Erzeugergemeinschaft, die lediglich eine neue Möglichkeit zum Gemüsewaschen suchte, weil dieses Geschäft auf kleinen Höfen eher aufwändig und mühselig ist,

wie Wolfgang Hees bei der Betriebsbesichtigung erläuterte.

So war denn der Ursprung der Firma zunächst ganz praktischer Natur: Waschen von Wurzelgemüse und Gemüseboxen in industriellem Maßstab. In den Hallen eines vormaligen metallverarbeitenden Betriebs entstand die Bioservice Südbaden gGmbH. Ein Glücksfall dabei: Auf Hees' Vorschlag hin griffen die beteiligten Landwirte mit großer Zustimmung die Idee auf, dieses Projekt mit dem sozialen Aspekt einer Inklusion von Menschen mit Behinderung zu verbinden.

Bei der Bioservice erledigt seither das Waschen auf komfortable Weise eine großtechnische Anlage, die nach händischem Entfernen des größten Schmutzes eine Kiste nach der anderen aufnimmt, diese über Förderbänder Schritt für Schritt weiter befördert und ein paar Meter weiter gesäubert wieder ausspuckt. So werden an die 500 Kisten stündlich in einer Weise gereinigt, dass sie den Hygiene-Maßstäben des international verbindlichen Qualitätsmanagement-System für Lebensmittel HACCP (Hazard Analysis and Critical Control Points) genügen. 2019, so die Prognose, sollen über 800 000 Kisten verarbeitet werden. Auf der zweiteiligen Maschine lassen sich darüber hinaus rund 80 Wurzelgemüse-Sorten waschen, sortieren und verpacken. Geschätzte 1000 Tonnen Gemüse werden es in diesem Jahr sein.

Ganz neu ist die so genannte „Schnibbelküche“. Dort verarbeitet eine nagelneue Bandschneidemaschine aus polnische Produktion optisch unverkäufliche Ware für die Schulverpflegung und Gastronomie. Die Aktion Mensch und der Kommunalverband Jugend und Soziales haben bei der Anschaffung der Apparatur finanziell geholfen.

Ein gemeinnütziger integrativer Betrieb wie die Südbaden Bioservice gGmbH bedarf einer breiten Unterstützung. Nach langer Suche stieg die Reha Südwest als Partner mit ein, der, so Wolfgang Hees, „uns viel Bürokratie und Verwaltung“ abnimmt „und uns fachlich berät“. Dieser gemeinnützige private Träger der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, der selbst viele weitere Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen unterhält, ist Hauptgesellschafter der Bioservice gGmbH.

Weitere Gesellschafter sind die Erzeugergemeinschaft Biogemüse Südwesten und der gegenüber liegende Großhändler Naturkost-Rinklin. Mit der Eduard-Spranger-Schule aus Emmendingen-Wasser ging Geschäftsführer Wolfgang Hees ebenfalls eine Kooperation ein. Von dort kamen bereits mehrere Praktikanten nach Eichstetten. Mit an Bord ist darüber hinaus der Integrationsfachdienst als Berater. Dieser beteiligt sich auch an den Löhnen.

Bernd Michaelis

Dabei sind wir doch alle Teil dieses Staates

Was machen Politiker eigentlich beruflich? So heißt das Buch von Bijan Kaffenberg der uns für eine Lesung in der Buchhandlung Pfister in Bad Krozingen besucht hat.



Der Titel klingt wie blanke Satire, befördert anscheinend ein verbreitetes Vorurteil. „Was machen Politiker eigentlich beruflich?“ So lautet der Titel eines im Februar diesen Jahres im renommierten Rowohlt-Verlag erschienenen und bei einer Lesung des Kreisverbandes der SPD in Bad Krozingen vorgestellten Buches des jungen Autors Bijan Kaffenberger, deutscher Politiker, Ökonom und YouTuber.

„Viel wird es nicht sein“, was „die da oben“ tun, mag sich mancher denken, der mit dieser Frage konfrontiert wird. Der Dreißigjährige indes belehrt uns eines Besseren. Und er muss es wissen, ist er, der 2008 in die SPD eintrat, doch seit 2018 direkt gewählter Abgeordneter im hessischen Landtag.

In seinem spannenden Buch widmet sich der Politiker und Wirtschaftswissenschaftler all jenen Fragen rund um die Politik, die junge Leute wirklich beschäftigen. Er tut das nicht immer bierernst, aber doch mit Sinn und Verstand und einer hohen Detailgenauigkeit. Das mit vielen interessanten Fakten gespickte 170-Seiten-Werk ist kein Buch, das von vorne nach hinten gelesen werden will, sondern eine erhellende Schrift, die die willkommene Möglichkeit bietet, sich einzelne Kapitel, die gerade von Interesse sind, als Lektüre vorzunehmen. Dabei ist das Buch lehrreich, aber nicht belehrend. Und immer wieder blitzt bei aller Seriosität des Anspruchs der Witz und Humor des Autors auf, dessen Leiden am Tourette-Syndrom, wie auch bei der Lesung in Bad Krozingen deutlich wurde, seine Ausstrahlung nicht beeinträchtigt.

„In einer Welt, die sich immer schneller dreht, immer vernetzter ist und immer komplexer wird“, brauchen, so Bijan Kaffenberger, „besonders die junge Menschen jemanden, der ihnen ihre Fragen an „die da oben“ beantwortet. Der Autor bezieht sich auf eine aktuelle Umfrage, wenn er sagt, dass mehr als 80 Prozent der 18- bis 29-jährigen sich in der Politik nicht ausreichend repräsentiert fühlen. „Dabei sind wir doch alle Teil dieses Staates.“

Was es denn mit der Menschenwürde auf sich hat, inwieweit wir in der Bundesrepublik direkte Demokratie üben können, wie wichtig Presse- und Versammlungsfrei-

heit sind, wie man in die Politik kommt, wie die sozialen Medien in die Politik hineinwirken - das sind einige Fragen, die Kaffenberger anspricht. In seinem Buch geht es aber auch um schnelles Internet, um den „Krieg im Netz“, um Digitalisierung als Chance, um das bedingungslose Grundeinkommen, die Rente, den Brexit und um Vorurteile im Zusammenhang mit Fluchtbewegungen.



Dass Demokratie auf Information und Meinungs Austausch basiert und reines Bauchgefühl oft trügerisch ist, weiß der Autor natürlich. Bijan Kaffenberger gibt sich aber auch keinen Illusionen hin: Eine umfassende Information aller Beteiligten sei eine Utopie, stellt er fest. Und: Dass alle Bürgerinnen und Bürger im Prozess der Meinungsbildung Gehör finden, sei leider auch Wunschdenken. Das klingt nicht ermutigend, hat aber durchaus auch eine gute Seite: Was uns scheinbar desillusioniert, kann uns davor bewahren, perfektionistische Erwartungen und Anspruchshaltungen gegenüber Politikern zu hegen. Das sind nämlich auch nur Menschen.

Bernd Michaelis

Kevin Kühnert – ein Profilneurotiker, ein Spinner oder ein konservativer Sozialist?

Oder die Angst der SPD vor ihrer Vergangenheit.

Unser Genosse, Kevin Kühnert, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, hat mit seinem am 2. Mai 2019 veröffentlichten Interview in der „Zeit“ ganz schön Wirbel gemacht und mit seinen Vorstellungen von Sozialismus das politische Establishment in der Bundesrepublik aufgebracht. Auch führende Köpfe unserer Partei distanzieren sich von seinen Vorstellungen bzw. qualifizierten seine diesbezüglichen Vorstellungen als „groben Unfug“, so Genosse Johannes Kahrs, Sprecher des Seeheimer Kreises.

Um was geht es? Kevin Kühnert beschreibt in dem Interview seine Vorstellung von einer „Welt freier Menschen, die kollektive Bedürfnisse in den Vordergrund stellt und nicht Profitstreben“. Er macht diese Aussage als Antwort auf die Frage der „Zeit“: „Herr Kühnert, Sie nennen sich einen Sozialisten. Was verstehen Sie darunter?“

Im Folgenden entwirft er seine Vorstellung vom Sozialismus: wie in der Zeit von Karl Marx gälte der Grundsatz: „Was unser Leben bestimmt soll in der Hand der Gesellschaft sein und demokratisch von ihr be-

stimmt werden.“ Er kritisiert die heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik. So hätten sehr wenige Menschen große Vermögen, ohne wirklich produktiv zu sein. Er bemängelt „[...] der Zugang zu Vermögen ist für die meisten faktisch nicht gegeben.“ Einen Ausweg sieht er in der demokratischen Kontrolle darüber, „wie wir arbeiten und was wir produzieren.“ Auch eine große Firma wie BMW, die von den Interviewpartnern zusammen mit der Deutschen Bank und Siemens ins Gespräch gebracht wird, könnte „auf demokratischem Wege,...“ kollektiviert werden.

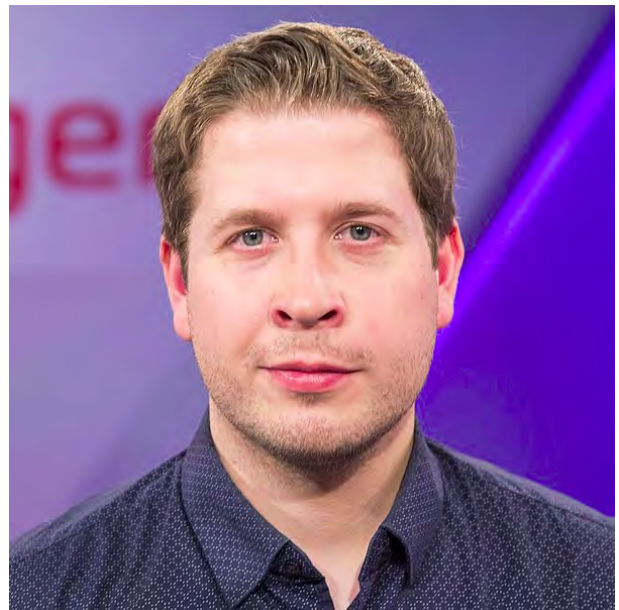


Foto © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Denn „ohne Kollektivierung ist eine Überwindung des Kapitalismus nicht denkbar“. Genosse Kühnert verweist auf die geschichtliche Tatsache, dass es immer Arbeiter waren, die eine ungerechte Entlohnung für ihre Arbeit erhielten, dies gelte bis heute. Auf den Hinweis der Zeit

Interviewer, dass "nicht der Staat oder die Mehrheit so ein Unternehmen (wie zum Beispiel BMW gegründet hat), sondern einer, der die Idee hatte und die Kosten sowie das Risiko des Scheiterns getragen hat," reagiert Kevin Kühnert mit seiner Forderung, dass der Arbeiter den gleichen Anteil an dem geschaffenen Wert eines Produktes erhält. Denn „Schon das erste Auto wurde in der Regel nicht vom Gründer zusammengeschaubt. [...] Weder ohne den, der es erdacht hat, noch ohne die, die es zusammensetzen, kommt am Ende ein Auto heraus,[...]. Warum gehört ihnen nicht zu gleichen Anteilen dieses Unternehmen?“ Er betont, dass er keine Verstaatlichung von Betrieben befürworte, sondern deren Kollektivierung. Er fordert die demokratische Kontrolle der Verteilung der Profite, was ausschlieÙe, "dass es einen kapitalistischen Eigentümer" eines Betriebes wie bei BMW gebe. Er spricht von einer reizvollen Utopie einer solchen Wirtschaftsordnung. Bezüglich des Begriffes Sozialismus führte er aus: "Ich verstehe unter Sozialismus kein Modell, dass sich alle vorab anschauen und entscheiden können, ob sie daleben wollen oder nicht. Sozialismus ist das Ergebnis von demokratischen Prozessen, orientiert an unumstößlichen Grundwerten."

Ist unser Genosse Kühnert ein Kommunist, vielleicht sogar ein Bolschewist?

Die Beschäftigung mit den Parteiprogrammen der SPD, unserer Partei, seit 1959 zeigt,

dass seine Vorstellungen von Sozialismus, die eine Kollektivierung großer Firmen einschließt, durchaus mit relevanten Aussagen zu Staat und Gesellschaft übereinstimmen. Selbst im Godesberger Programm von 1959, dass ja eine Abkehr von angeblich marxistischen, revolutionären Zielen vornimmt, steht im Abschnitt „Eigentum und Macht“ geschrieben: "das private Eigentum an Produktionsmittel hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten sozialen Ordnung hindert." Zwei Abschnitte weiter heißt es: "Die Unternehmen der freien Gemeinwirtschaft, die sich am Bedarf und nicht am privaten Erwerbsstreben orientieren, wirken Preis regulierend und helfen dem Verbraucher. Sie erfüllen eine wertvolle Funktion in der demokratischen Gesellschaft und haben Anspruch auf Förderung." Im Abschnitt „Einkommens- und Vermögensverteilung“ heißt es: „Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt.“ Den Grund hierfür sahen unsere damaligen Genossinnen und Genossen in der Einkommens- und Vermögensbildung in wenigen Händen, begünstigt durch eine Wirtschaft und Steuerpolitik, die "[...] die bisher Vermögenlose benachteiligt." Schon in den 1950er Jahren stellt unserer Partei fest: "Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß sich das private Wohlleben privilegierter Schichten schrankenlos entfaltet, während wichtige Gemeinschaftsaufgaben [...] in einer Weise vernachlässigt werden, die einer Kulturnation unwürdig ist." Auch das

Berliner Parteiprogramm aus dem Jahre 1989 fordert im 5. Kapitel „Demokratie in Staat und Gesellschaft: “Der Staat soll Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Gesellschaft und Wirtschaft verwirklichen und die dafür notwendige Offenheit der Entscheidungsabläufe garantieren.“ Und weiter heißt es unter der Überschrift „Reformpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: “In diese Republik bringe wir den demokratischen Sozialismus ein, damit sie werden kann, was sie nach ihrer Verfassung sein soll: ein demokratischer Sozialstaat. Dazu bedarf es dauernder Reform. Wir sind die Partei der Reform.“ Und auch im letzten, jetzt gültigen, Parteiprogramm aus dem Jahre 2007 heißt es im Abschnitt 29:“ Wirtschaftliche Demokratie ist unverzichtbar dafür, die Forderung des Grundgesetzes mit Leben zu erfüllen: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Und auch im folgenden Abschnitt 30 wird mit der Aussage“ Einkommen und Vermögen sind in Deutschland ungerecht verteilt.“, das wiederholt, was schon im Godesberger Programm vor 60 Jahren festgestellt wurde.

Wird es also nicht allmählich Zeit, die wirtschaftlichen Verhältnisse zugunsten einer „Welt freier Menschen, die kollektive Bedürfnisse in den Vordergrund stellt und nicht Profitstreben“ zu ändern. Ich hoffe, dass Kevin Kühnerts Vorstellungen nicht wieder „im Sande verlaufen“. Es sind Visionen, die unsere Partei dringend braucht.

In vielen Gesprächen, die ich mit Menschen führte, wird der Mangel an Zukunftsideen in der SPD beklagt. Sie erwarten von uns Vorstellungen, wie sie Genosse Kühnert entwickelt. Sie entsprechen dem Inhalt vom „Demokratischen Sozialismus“, wie ihn Willy Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969 definierte: „Demokratischer Sozialismus sei kein „abgeschlossenes System“, sondern beruhe „auf dem Bekenntnis zur Freiheit, zum Humanismus, zum Rechtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit.“ (*) .Er forderte 1969 in seiner Regierungserklärung , „mehr Demokratie zu wagen“. Genosse Kühnert hat es verdient mit seinen Vorstellungen nicht nur ernst genommen zu werden, er sollte auch in die Grundwertekommission der SPD aufgenommen werden.

Henry Kesper

(*) Willy Brandt: Auf dem Weg nach vorn. Berliner Ausgabe, Band 4, Dietz Verlag,

Die SPD ist besser als ihr Ruf

Das politische Bekenntnis eine spätberufenen Sozialdemokraten.

Sich an eine Partei zu binden, ist für viele junge Menschen heute eher undenkbar. Sie wollen unabhängig bleiben und mobil, sehen in der Verpflichtung ein Problem, innerhalb gefestigter Strukturen eine Aufgabe, ein Amt oder Mandat zu übernehmen, dabei immer wieder auch

präsent zu sein, als Ansprechpartner für längere Zeit zur Verfügung zu stehen. Dabei sind, wenn man aktuellen Studien glauben darf, Jugendliche heutzutage durchaus politisch interessiert. Am gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess beteiligen sie sich aber offenbar lieber in freien Formen der demokratischen Teilhabe. "Verglichen mit dem Anteil an der Bevölkerung sind die Jüngeren unter 25 Jahren in allen Parteien deutlich unterrepräsentiert", hat Oskar Niedermayer 2016 in einer Untersuchung festgestellt.

Wenn ich als 72-jähriger heute zurückschaue, stelle ich fest, dass eine gewisse Sehnsucht nach Ungebundenheit auch mich immer beseelt hat. Ausgedrückt hat sich das in meinem Dasein als klassischer Wechselwähler. Ausgehend von einer wertkonservativen, gleichwohl sozial engagierten Position habe ich meine Kreuzchen auf den Wahlzetteln eher nach strategischen Überlegungen und aktuellen politischen Präferenzen gesetzt. Damit ist aber nun seit April 2018 endgültig Schluss. Vor über einem Jahr bin ich der SPD beigetreten. Dies in der Absicht, mit bescheidenen Beiträgen etwas gegen die soziale Schieflage in unserem Land zu tun. Ein paar Monate später wurde ich zum Pressereferenten der SPD im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald gewählt. Und nun kandidiere ich auf der Liste des Ortsverbandes Markgräflerland der SPD für den Müllheimer Gemeinderat.

Was treibt mich um? Es ist die Tatsache, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter auseinander klafft: Im Jahr 2017 waren laut Bundesagentur für Arbeit in Deutschland 19,7 Prozent der Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. Die Armutsgefährdungsquote lag bei 15,8 Prozent. Im Jahr 2019 bezogen bislang durchschnittlich 4.003.974 Personen Arbeitslosengeld II. Der Hartz-IV-Regelsatz liegt aktuell bei 424 Euro.



Nun macht es, wie der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil (SPD), im Februar 2019 anlässlich der Vorlage des 6. Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung gesagt hat, in der Sozialpolitik einen Unterschied, ob Menschen lange von geringem Einkommen betroffen sind oder ob dies nur einen vorübergehenden Zustand darstellt.

Und das genau ist der Punkt: Ich meine, dass das von SPD-Kanzler Gerhard Schröder 2002 eingeführte Hartz-Konzept, das - damals durchaus sinnvoll - die frühere Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfebedürftige zu einer

Grundsicherung für Arbeitsuchende zusammenführte, sich zu einem schwerfälligen bürokratischen System entwickelt hat. Zu einem System, das nicht nur seine Ziele nicht erreicht, nämlich Langzeitarbeitslose effektiv zu vermitteln und Eigeninitiative zu fördern, sondern darüber hinaus schwer vermittelbare Arbeitnehmer dauerhaft in der Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen gefangen hält, ohne dass sie je die Chancen hätten, sich aus eigener Kraft daraus zu befreien.

Denn Schröder hat mit dem Hartz-System auch, wie er damals selbst sagte, „den besten Niedriglohnsektor, den es in Europa gibt“, geschaffen. Die „Liberalisierung des Arbeitsmarktes“ brachte aber, wie ich meine, nicht die erwarteten Anreize, Arbeit aufzunehmen, sondern führte im Zuge der Globalisierung auf direktem Wege in ein Billiglohnsystem, bei dem breite Schichten gering qualifizierter Arbeitnehmer als moderne „Lohnsklaven“ auf der Strecke bleiben. Sie wissen nicht, wie sie sich und ihre Familien ernähren sollen, wie sie finanziell durch den Tag kommen, wie sie ihre überhöhten Mieten bezahlen sollen und ob sie im Alter von ihrer Rente leben können.

Und deshalb bin ich 2018 in die SPD eingetreten, in diese Partei, an der ich mich in der Vergangenheit so sehr geriebt habe. Gestört hat mich, dass Martin Schulz als Kanzlerkandidat vor der Wahl 2017 die Wähler lange Zeit im Unklaren darüber ließ,

wofür er programmatisch steht. Gestört hat mich, dass Andrea Nahles sich im Jahr 2017 bei der Übernahme des Parteivorsitzendenamtes für meinen Geschmack viel zu flapsig äußerte, auch wenn es humorvoll gemeint war (Jetzt würde die Union „eins in die Fresse kriegen“).

Und trotzdem bin ich in die SPD eingetreten - weil ich nicht ertragen kann, dass über diese Partei angesichts schwindender Wählerzustimmung gespottet wird. Sie ist die Partei mit der längsten demokratischen Tradition in Deutschland, eine Partei, die sich die freiheitlichen und sozialen Ideale der bürgerlichen-demokratischen Revolution von 1848/49 auf die Fahnen geschrieben hat, die die Rechte der Arbeiter zu ihrem Anliegen gemacht hat, die vor 100 Jahren dem Frauenwahlrecht zum Durchbruch verhalf, die als einzige Partei Widerstand gegen die Machtergreifung Hitlers leistete, die tapfer gegen Bedrohung, Unterdrückung und Verfolgung gekämpft, die in ihren Reihen Not und Tod erlitten hat. Sie ist eine Partei, die immer wieder staatspolitische Verantwortung übernommen hat, als niemand anderer dies wollte - nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Weg in die Weimarer Republik und 2018 auf dem Weg in die ungeliebte Große Koalition. Die SPD ist besser als ihr Ruf.

Bernd Michaelis

Online-Kampagne #Kreistag2019

Unseren normalen Wahlkampf haben wir dieses Mal zum ersten Mal um einen Online-Wahlkampf ergänzt. Facebook und Instagram waren unsere Plattformen dafür.

Insgesamt haben wir mit 28 Bildern unser Programm erläutert und teils um regionale Besonderheiten ergänzt. Kurze Erläuterungstexte begleiteten die Bilder. Auch die Kandidaten der zehn Wahlbezirke wurden mit kurzen Bilderreihen vorgestellt.

INFOBOX

So findet ihr unsere Social-Media-Seiten im Netz

Facebook:

<https://www.facebook.com/SPD.Breisgau-hochschwarzwald>

Instagram:

https://www.instagram.com/rotwild_im_schwarzwald/

... und natürlich über die jeweiligen Apps auf dem Mobiltelefon.

Die thematischen Beiträge wurden Kandidaten zugeordnet und zielgenau in dem jeweiligen Wahlkreis beworben. Wir haben dafür insgesamt rund 900 Euro ausgegeben. Jedes Bild hat auf Facebook mindestens 1.500 Menschen erreicht, manche auch über 2.000. Auf Instagram streuen die Zahlen stärker, in der Regel lagen die Werte zwischen 500 und 1.000, mitunter auch

darüber. Die Gesamtreichweite dürfte damit bei rund 90.000 Menschen liegen. Pro erreichter Person haben wir also in etwa einen Cent ausgegeben. Hier eine Auswahl einiger Bilder:



Landwirtschaft und ländlicher Raum gehören zusammen. Regionale und saisonale Produkte sind nachhaltig und gut für´s Klima. Hierfür braucht es gute Vermarktung vor Ort. Und hierfür braucht es die Anerkennung, dass unsere Landwirte in Höhen- und an Steillagen unter erheblich erschwerten Bedingungen einen großen Beitrag zur Offenhaltung der Landschaft leisten. Dies ist wichtig für den Tourismus und gut für uns alle. Deshalb werden wir die Neuregelung des Landschaftspflegegeldes am Montag im Kreistag befürworten und begrüßen insbesondere die Umschichtung zu mehr Geld für Weidehaltung.

Birte Könnecke, Wahlkreis 3, Ehrenkirchen



Richtig genutzt führt die Digitalisierung der Verwaltung zu einer Erhöhung der Servicefreundlichkeit und Kosteneffizienz in der Kreisverwaltung. Dafür werden wir uns bei dieser Zukunftsaufgabe einsetzen. Digitalisierung darf aber nie bloßer Selbstzweck sein.

Helmut Schöpflin, Verwaltungs-Informatiker, Eichstetten – WK04, March



Wir wollen ein bürgerfreundliches Landratsamt als Dienstleister für die Menschen im Kreis. Ermessensspielräume müssen in jedem Bereich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ausgeschöpft werden, die Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt muss auf Augenhöhe geschehen. Fehler können passieren, aber es muss aus ihnen gelernt werden. Auf diesem Weg werden wir unterstützen und kritisch begleiten.



Wie schaffen wir mehr bezahlbaren Wohnraum im Großraum Freiburg? Wohnungen zu bauen ist hilfreich, wir brauchen aber noch weiteres: Nachhaltig bezahlbar ist Wohnraum nur als genossenschaftlicher, als städtischer Mietwohnungsbau oder in Form von gezielt von den Kommunen an Familien vergebenen günstigen Bauplätzen. Das ist die wichtigste Aufgabe der Kommunalpolitik im Großraum Freiburg.

Martin Löffler, Wahlkreis 6, Neuenburg



Der Schutz der Einwohner vor Lärm und Gefahren durch Verkehr ist im Landkreis weniger wichtig als die freie Fahrt für freie Bürger. Das will ich nicht hinnehmen, deshalb kandidiere ich für die SPD für den Kreistag und den Gemeinderat Kirchzarten.

Bernd Engesser – Wahlkreis 08, Kirchzarten



Um generationsübergreifend allen Menschen eine selbstbestimmte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen,

braucht es Barrierefreiheit! Bereiche, wie z.B. Schule/Beruf, Freizeit, Information und Bildung oder Gesundheit/Pflege müssen frei zugänglich nutzbar sein - durch Beseitigung von z.B. Geh- oder Sehhindernissen oder auch durch Verwendung von "Leichter Sprache". Es genügt nicht, einfach nur Notlösungen anzubieten. Wir brauchen eine bedarfsgerechte Umwelt – für Menschen mit Handicap, für junge Menschen, für alte Menschen, damit jeder sich selbstbestimmt und ungehindert entfalten kann.

Tanja Kühnel – WK09, Lenzkirch



Den ständig steigenden Wohnkosten müssen wir einen Riegel vorschieben. Ein wichtiger Baustein hierfür ist, dass wieder mehr Baugenossenschaften bauen können. So entstehen nachhaltig bezahlbare Wohnungen für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Bruno Zimmermann – WK02, Gundelfingen



Gerade für junge Familien mit kleinen Kindern ist ein gut ausgebautes Radwegenetz sehr wichtig. Da hapert es noch an vielen Stellen.

Elma Engesser – Wahlkreis 04, March



Egal, was der Konzern so verspricht, die Helios-Klinik in Breisach ist von Schließung bedroht. Es ist eine Hauptaufgabe des nächsten Kreistages, das zu verhindern, wenn es denn zu verhindern ist. Wir

brauchen die Kliniken, denn sonst können wir zum Beispiel die Notfallversorgung nicht mehr gewährleisten. Schon jetzt haben die Rettungsdienste oft Schwierigkeiten, eine Klinik für ihre Patienten zu finden.

Oswald Prucker, Wahlkreis 1, Breisach

Alle Bilder gibt es auf unserer Internetseite unter: <https://www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de/online-kampagne-kreistag2019/>

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, SPD Regionalzentrum
Merzhauser Straße 4, 79100 Freiburg

Redaktion:

Oswald Prucker, Birte Könnecke

redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de

Mitgliederstatistik

Im April ist unser Mitgliederbestand leider von 898 auf 891 gesunken. Wir durften zwar ein Neumitglied begrüßen, es haben uns aber auch acht Mitglieder verlassen, zwei davon sind leider verstorben.

Von unseren Mitgliedern sind rund zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen.

Termine, Termine

Stammtische

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

Dienstag, 11. Juni, Montag,
8. Juli. Immer um 19 Uhr
und immer im Elsässer Hof,
Breisach.



Hochschwarzwald

Bis Sommer noch am 26.
Juni um 19.30 Uhr und im
Hotel Jägerhaus, Postplatz 1-2, Titisee-
Neustadt

Breisgau

Um 19:30 Uhr am 13. Juni im Bolando.

Die SPD hat etwas erreicht für die Menschen

Eine Bilanz ihrer Leistungen innerhalb der Großen Koalition 2018

Wahlkampfzeiten sind Zeiten des politischen Kampfes, der lebhaften, nicht immer ganz fairen Diskussion. Die Parteien ringen um die Gunst der Wählerinnen und Wähler, fassen sich dabei meist nicht mit Glattehandschuhen an. Jede stellt ihre eigenen Vorzüge, Erfolge und Ziele heraus und sucht, den politischen Gegner klein zu reden. Das ist normal.

Nun kommt dabei aber etwas ins Spiel, was in Nichtwahlkampfzeiten eher eine unter-

geordnete Rolle spielt, nämlich die eigenen Leistungen deutlicher als sonst herauszukehren und den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln. Das ist derzeit das Anliegen auch der SPD, deren Mitglieder über einen schwindenden Zuspruch für die Sozialdemokratie klagen - sowohl in der medialen Öffentlichkeit als auch bei (oft nur scheinbar repräsentativen) Meinungsumfragen und diversen Wahlentscheidungen.



Zeiten, in denen große Volksparteien aufgrund ihres Stimmenanteils beim Regieren keine großen Rücksichten auf die Belange anderer Fraktionen nehmen mussten, gab es nach 1945 auf Bundesebene nur einmal, nämlich 1960/61. Die Minderheitsregierungen von CDU/CSU 1966 sowie SPD 1982 währten jeweils nur wenige Tage.

In der politischen Arbeit müssen also immer wieder Kompromisse eingegangen werden, wenn man etwas erreichen will. Und das gilt vor allem dann, wenn zwei oder mehrere Parteien ein Bündnis eingehen, eine Koalition bilden, um zu regieren. Nur Populisten, Diktatoren, Autokraten und Despoten bieten einfache Lösungen.

Der Kompromiss setzt die Achtung vor der gegnerischen Positionen voraus und gehört zum Wesen unseres Gemeinwesens. Jede Partei muss ein Stück ihrer eigenen Interessen und Vorstellungen aufgeben, damit eine Einigung mit den anderen zustande kommt. Das lehrt uns die Bundeszentrale für politische Bildung. „Die Demokratie lebt vom Kompromiss. Wer keine Kompromisse machen kann, ist für die Demokratie nicht zu gebrauchen“, hat SPD-Kanzler Helmut Schmidt einmal gesagt.

Kompromisse einzugehen, ist mithin kein Zeichen von Schwäche, weil es durchaus Verständnis, Kraft und Duldsamkeit erfordert, die Positionen des jeweiligen politischen Gegners wenn schon nicht gänzlich zu billigen, dann doch wenigstens zu respektieren. Das wünscht sich gerade auch jetzt - vor den Kommunal- und Europawahlen am 26. Mai - die SPD, die von 2013 bis 2017 sowie erneut seit 2018 zusammen mit der CDU/CSU Regierungsverantwortung trägt.

Die folgende Aufstellung zeigt, welche ihrer Ziele die Sozialdemokraten in dieser Großen Koalition im Jahre 2018 erreicht haben. Henry Kesper hat sich die Mühe gemacht, die Fakten zusammenzutragen.

Arbeit und Soziales

Qualifizierungschancengesetz: Zugang zur Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit für jene Beschäftigte, die von digitalem Wandel betroffen sind oder sich

in einem Beruf mit Fachkräftemangel weiterbilden wollen.

Brückenteilzeit: Recht für Beschäftigte, ihre Arbeitszeit für begrenzte Zeit zu reduzieren, zum Beispiel um Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen, mit der Sicherheit, anschließend in die vorherige Arbeitszeit zurückzukehren statt in der Teilzeitfalle stecken zu bleiben.



Pressefoto CC-BY 4.0

Teilhabechancengesetz: Neue Perspektive auf Arbeit für Langzeitarbeitslose. Mit an Tariflöhnen orientierten Lohnkostenzuschüssen für Langzeitarbeitslose Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und Betroffenen Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen.

Kinder, Familien und Beschäftigte

Kindergeld: Erhöhung des Kindergeldes, Anhebung des Kinderfreibetrages

Gute-Kita-Gesetz: Bund unterstützt Länder dabei, in die Qualität der Kita-Betreuung zu investieren und gleichzeitig Eltern von den Gebühren zu entlasten – denn gute Bildung muss von Anfang an für alle kostenlos sein.

Damit ist auch Gebührenfreiheit in Baden-Württemberg möglich.

Digital-Pakt für Schulen: Der Bund unterstützt Länder und Kommunen besser bei Investitionen in digitale Infrastruktur von Schulen, damit Kinder optimal auf Leben und Arbeit in der digitalen Welt vorbereitet werden. Dafür ändern wir das Grundgesetz.

Parität in der Krankenversicherung: Arbeitgeber und Beschäftigte zahlen wieder Krankenkassenbeiträge zu gleichen Teilen. Rentner und Selbständige werden entlastet. Arbeitslosenversicherung wird um 0,5 Prozent gesenkt.



Foto: Susie Knoll

Entlastung von Geringverdienern: Wer zwischen 450 und 1300 Euro brutto verdient, zahlt künftig verringerte Arbeitnehmerbeiträge in der Sozialversicherung. Trotz geringerem Rentenbeitrag gibt es dabei den vollen Rentenanspruch. Grundfreibetrag in der Einkommenssteuer steigt. Dadurch profitieren vor allem Beschäftigte mit geringerem und mittlerem Einkommen.

Bezahlbares Wohnen

Offensive für sozialen Wohnungsbau, Förderung von Mietwohnungsbau: Der Bund unterstützt die Länder beim Bau von Sozialwohnungen. Dafür ändern wir das Grundgesetz und stocken die Mittel auf. Der Bund schafft steuerliche Anreize für Mietwohnungsneubau im bezahlbaren Segment und unterstützt damit Maßnahmen der Länder, um den Bau bezahlbaren Wohnraums anzuregen.



Foto: Götz Schleser

Schutz von Mieterinnen und Mietern: Stärkung von Mieterrechten, Schutz vor Mietwucher. Begrenzung der Möglichkeit, Kosten von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen auf Mieter umzulegen, um Verdrängung und Mietwucher durch Luxussanierung zu verhindern.

Pflege

Stärkung der Altenpflege: Schaffung von 13.000 neuen Stellen in stationärer Altenpflege mit einem Sofortprogramm – ohne finanzielle Mehrbelastung für die Pflegebedürftigen.

Bessere Pflege in Krankenhäusern:

Krankenkassen finanzieren künftig vollständig jede zusätzliche und aufgestockte Pflegestelle sowie Tarifsteigerungen für Pflegerinnen und Pfleger. Jeder Anreiz entfällt, Personalkosten zu Lasten der Pflege einzusparen. Krankenkassen übernehmen vollständig die Kosten für erstes Ausbildungsjahr von Pflegekräften in der Krankenpflege – Anreiz für mehr Ausbildungsstellen.

Renten

Stabile Renten, stabile Beiträge:

Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2025 – künftig steigen die Renten wieder wie die Löhne. Gleichzeitig steigt der Rentenbeitrag nicht über 20 Prozent.

Höhere Mütterrente: Anrechnung eines weiteren halben Jahres für die Kindererziehung, von der rund 10 Millionen

Menschen profitieren, die bereits Rente beziehen.

Verbesserte Erwerbsminderungsrente: Wer aus gesundheitlichen Gründen künftig weniger oder gar nicht mehr arbeiten kann, erhält durch höhere Zurechnungszeiten eine höhere Erwerbsminderungsrente.

Verbraucherschutz und Sicherheit

Eine-für-alle-Klage: Mit der neuen Musterfeststellungsklage können Verbraucherinnen und Verbraucher ihr Recht gegenüber Konzernen einfacher vor Gericht durchsetzen.

Stärkung der inneren Sicherheit: Mehr als 3000 neue Stellen für Bundespolizei, Zoll und weitere Sicherheitsbehörden. Damit erhält die Bundespolizei in zwei Jahren insgesamt mehr als 5000 zusätzliche Stellen.

Bernd Michaelis und Henry Kesper

100 JAHRE SPD MÜNSTERTAL & BREISACH – WIR GRATULIEREN

